

Martin Hauger

Einseitige Schuldzuweisungen verweigern

Dr. Martin Hauger arbeitet im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als Referent für Glaube und Dialog. Klara Butting sprach mit ihm über Antisemitismus in der politischen Diskussion über den Israel-Palästina-Konflikt in Deutschland.

Lieber Herr Hauger, wie geht die Evangelische Kirche in Deutschland mit dem Thema Antisemitismus um und wie erleben Sie das in Ihrem Arbeitsbereich?

Erst im Frühjahr hat sich der Rat der EKD zu diesem Thema geäußert. Aktueller Anlass waren die in jüngster Zeit zunehmenden antisemitischen Übergriffe und Vorfälle in Deutschland. Der Rat hat seine Solidarität mit den jüdischen Geschwistern erklärt und deutlich gemacht: „Antisemitismus ist Gotteslästerung!“ Juden und Christen sind nicht nur im Glauben an den biblischen Gott verbunden; sie treten gemeinsam für Menschenwürde, Frieden und Gerechtigkeit ein. Das verbindet sie in der Ablehnung von Rassismus und Antisemitismus in jeder Form.

Ähnlich haben auch die Landeskirchen immer wieder Stellung bezogen. So hat z. B. der Berliner Bischof Markus Dröge, der auch Mitglied im Rat der EKD ist, im April an der Berliner Solidaritätskundgebung „Berlin trägt Kippa“ teilgenommen. In Baden hat die Landeskirche im Herbst eine Stellungnahme gegen Antisemitismus verabschiedet – um nur zwei aktuelle Beispiele zu nennen. Als theologischer Referent im Kirchenamt der EKD für den christlich-jüdischen Dialog bin ich mit diesem Thema natürlich immer wieder befasst.

Dann sind Sie so etwas wie der Antisemitismus-Beauftragte der EKD, ähnlich wie Dr. Felix Klein bei der Bundesregierung?

Das ist nicht vergleichbar. Als Referent im Kirchenamt der EKD berate ich die Leitungsorgane der EKD oder arbeite ihren Vertretern zu. Als Geschäftsführer des Ausschusses „Kirche und Judentum“, in dem externe Fachleute sich mit dem christlich-jüdischen Dialog befassen, haben wir uns intensiv

mit dem Thema beschäftigt. Daraus ist die Broschüre „Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können“ hervorgegangen, die der Rat der EKD gemeinsam mit der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und der Union Evangelischer Kirchen (UEK) herausgegeben hat und die mittlerweile in drei Auflagen mit insgesamt 22.000 Exemplaren verteilt wurde und außerdem über die Homepage der EKD heruntergeladen werden kann.

Was war der Anlass zu diesem Text, der im November 2017 erschienen ist?

Der Ausschuss hatte bereits 2006 unter dem Titel „Antisemitismus – Wir haben was dagegen!“ einen Flyer herausgegeben, der mittlerweile vergriffen ist. Nachdem das Thema „Antisemitismus“ öffentlich wieder neu präsent geworden ist, stellte sich die Frage einer Neuauflage. Wir haben dann festgestellt, dass sich die Situation in den vergangenen Jahren stark verändert hat. Das betrifft sowohl Erscheinungsformen als auch die Art der Verbreitung von Judenfeindschaft. Antisemitismus begegnet heute bei Rechtspopulisten, aber auch in islamistischen Gruppierungen. Daneben gibt es einen israelbezogenen Antisemitismus unter dem Stichwort „Antizionismus“ auch im linken politischen Spektrum. Eine wichtige Rolle spielen Internet und soziale Netzwerke, die sich zu Plattformen für Hassbotschaften entwickelt haben. Judenfeindlichkeit ist wieder hoffähig geworden. Dem Ausschuss war schnell klar, dass wir hier etwas Neues brauchen, um diesen aktuellen Herausforderungen zu begegnen.

Finden Sie, dass der Antisemitismusvorwurf in der politischen Diskussion missbraucht wird?

Es gibt neben dem „traditionellen“ rassistischen Antisemitismus viele Formen einer verdeckten oder auch nur gedankenlosen Judenfeindlichkeit. Wenn z. B. gefordert wird, einen Schlusstrich unter die Erinnerung an die deutsche Schuld zu ziehen oder auch im Blick auf die nach wie vor weit verbreitete Rede von „scheinheiligen Pharisäern“ oder einem angeblich „alttestamentlichen Rache-gott“ – das geht bis hinein in kirchliche Kreise. Aber wir beobachten auch mit Sorge, wie fahrlässig und z. T. durch bewusste Provokation mit diesem Thema umgegangen wird, wenn z. B. der Nationalsozialismus und seine antisemitischen Verbrechen als „Vogelschiss“ in der Geschichte relativiert werden. Missbrauch durch Verharmlosung und Gleichgültigkeit ist ein Problem. Dass man mit judenfeindlichen Provokationen heute wieder Politik machen kann, ist ein Skandal. In der EKD-Broschüre geht es um Aufklärung. Wer Antisemitismus bekämpfen will, muss wissen was Antisemitismus ist und wie man ihn erkennt. Hierfür werden Kriterien benannt und Tipps gegeben, wie man mit antisemitischen Vorurteilen angemessen umgeht.

Es gibt Menschen, die davor warnen, den Begriff Antisemitismus als „Totschlagargument“ in politischen Diskussionen zu benutzen. Zum Beispiel gegen Kritiker des israelischen Staates.

Das Problem ist, dass die Debatte um Israel-Palästina und den Staat Israel extrem polarisiert und religiös aufgeladen ist. Auf der einen Seite gibt es eine Israelbegeisterung, die in dem Staat Israel geradezu ein heilsgeschichtliches Datum erkennt und eine daher unbedingte Solidarität mit Israel fordert. Auf der anderen Seite wird Israel als Speerspitze einer kolonialistischen, kapitalistischen und gewalttätigen Eroberungskultur radikal angegriffen. Zwischen diesen beiden Positionen ist eine Vermittlung kaum möglich. Es geht dabei auch um Identitätskonstrukte und ein bestimmtes Selbstbild, das nicht hinterfragt werden darf. Mit der Bibel auf der Seite Israels – so die einen; in der Tradition des Bekenntniskampfes des Dritten Reiches im Kampf für Gerechtigkeit als Anwälte der Palästinenser – so die andern. Göttlich verheißene Landnahme oder kolonialistischer Landraub lauten dann die gegensätzlichen Narrative. Besonders schlimm finde ich, dass diese Zuspitzung zu einer Verhärtung der Fronten beiträgt, anstatt Versöhnung zu befördern.



Eine hilfreiche Orientierung bietet der sogenannte „3-D-Test“. Antisemitisch ist eine Haltung, die den Staat Israel delegitimiert, dämonisiert oder mit doppelten Standards misst.

Göttlich verheißene Landnahme oder kolonialistischer Landraub lauten die gegensätzlichen Narrative. Besonders schlimm finde ich, dass diese Zuspitzung zu einer Verhärtung der Fronten beiträgt.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Antisemitismusvorwurf?

Vereinzelte ist es tatsächlich so, dass der Antisemitismusvorwurf als eine Art „Totschlagargument“ verwendet wird. Evangelikale Israelfreunde werfen Israelkritikern Antisemitismus vor, weil deren Kritik zugleich einen Angriff auf ihr eigenes Israelbild darstellt. Umgekehrt wird der Hinweis auf antisemitische Stereotype in manchen antizionistischen Positionen gelegentlich empört zurückgewiesen und pauschal als Beleg dafür gewertet, dass man in der Kirche Israel nicht kritisieren dürfe. In beiden Fällen führt das dazu, dass man sich mit der Kritik sachlich nicht mehr auseinandersetzen muss. Das ist eine Strategie der Selbstimmunisierung. Es ist leichter sich wechselseitig zu verurteilen, als miteinander zu reden.

In der Broschüre wird dieses Problem nicht angesprochen. Wurde dieses Problem von der Kommission nicht gesehen?

Es ging uns nicht um eine Stellungnahme zum Israel-Palästina-Konflikt. Kritik an der Regierung oder Politik Israels ist grundsätzlich legitim. Das wird ausdrücklich festgehalten. Es geht aber um Grenzüberschreitungen. Beispiele dafür werden genannt. Problematisch ist es, wenn Kritik an Israel pauschal unter einen Antisemitismusvorwurf gestellt wird oder umgekehrt, wenn behauptet wird, Israelkritik und Antisemitismus hätten nichts miteinander zu tun. Von bestimmten Gruppierungen kam der Vorwurf, wir würden Kritik an Israel unterdrücken und unter einen Generalverdacht stellen. Ich habe Briefe bekommen, in denen behauptet wurde, die Broschüre sei eine Anbiederung an den Zentralrat der Juden, es werde die vorbehaltlose Unterstützung der Politik Netanjahus gefordert und das den Palästinensern angetane Unrecht werde geleugnet bzw. als Propaganda abgetan. An diesem Punkt kann man nicht mehr ernsthaft diskutieren. Da kann man nur sagen: Lesen Sie, was dasteht. Man muss aber auch deutlich sagen, das sind Einzelstimmen. Das alles ändert jedoch nichts daran, dass der israelbezogene Antisemitismus ein Problem darstellt und eine Erscheinungsform von Judenfeindschaft ist, von der wir uns als Kirche in aller Deutlichkeit distanzieren. Dass man in Deutschland und insbesondere in der Kirche Israel nicht kritisieren dürfe, halte ich für eine Unterstellung.

Wann ist Kritik an Israel antisemitisch?

Zwischen legitimer Kritik und jüdenfeindlichen Ressentiments besteht ein klarer Unterschied. Eine hilfreiche Orientierung bietet der sogenannte „3-D-Test“. Antisemitisch ist eine Haltung, die den Staat Israel delegitimiert, dämonisiert oder mit doppelten Standards misst. Typisch für jüdenfeindliche Ressentiments ist z. B., wenn die Politik Israels mit nationalsozialistischen Verbrechen verglichen wird oder dem israelischen Staat sein Existenzrecht abgesprochen wird. Das sind Kriterien, die auch in der Antisemitismusforschung anerkannt werden. Nochmals: Mit dieser Unterscheidung soll weder die Politik Israels pauschal gerechtfertigt werden, noch tatsächliches Unrecht – auch gegenüber den Palästinensern – geleugnet werden.

Ist Ihrer Meinung nach die Rede von Israel als einem Apartheidstaat schon eine Grenzüberschreitung zum Antisemitismus?

Der Vorwurf, Israel sei ein Apartheidstaat, ist vor allem unsachgemäß. Er basiert auf einem Vergleich mit dem ehemaligen südafrikanischen Apartheidsregime. In Südafrika ging es um die Dominanz einer Rasse und um eine institutionalisierte Rassentrennung. Der Israel-Palästina-Konflikt hat vor allem religiöse und territoriale Dimensionen. Es ist ein asymmetrischer Konflikt, in dem nur Israel volle staatliche Strukturen besitzt. Aber sowohl Israel als auch Palästina haben einen legitimen Anspruch auf einen eigenen Staat. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich daher für eine Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen; auch wenn eine solche Lösung derzeit nicht in Sicht scheint. Erst jüngst hat die Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und stellvertretende Ratsvorsitzende der EKD, Anette Kurschus, deutlich gemacht, es geht um eine doppelte Solidarität mit Israelis und Palästinensern.

Der Apartheidsvorwurf dient in erster Linie der moralischen Verurteilung des Staates Israel und er vollzieht eine einseitige Schuldzuweisung und Täter-Opfer-Zuschreibung, die auf beiden Seiten Feindbilder bekräftigt, anstatt Verständigung und Versöhnung zu befördern. Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesrepublik, hat deutlich gemacht, dass der Vergleich Israels mit dem Apartheidsregime letztendlich auf eine Delegitimierung des Staates Israels hinausläuft und von daher als antisemitisch zu bezeichnen sei.

Teilen Sie die Einschätzung, die BDS-Kampagne hätte einen antisemitischen Charakter oder würde zumindest Antisemitismus tolerieren?

Die Evangelische Kirche in Deutschland steht der BDS-Kampagne kritisch gegenüber und unterstützt sie nicht. BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen. Ein allgemeiner Boykottaufruf erinnert insbesondere in Deutschland geradezu unweigerlich an den nationalsozialistischen Aufruf „Kauft nicht bei Juden!“ im Jahr 1933. Hinzu kommt: Juden und jüdische Firmen werden kollektiv in Haftung genommen für die Politik Israels. Das ist schwierig. Sinnvoller als Boykottaufrufe wären Solidaritätsmaßnahmen zugunsten des palästinensischen Volkes. Auch das wäre ja ein klares und deutliches politisches Signal.

Sie werden wahrscheinlich immer mal wieder mit der Frage konfrontiert, ob man kirchliche Räume für BDS-Veranstaltungen zur Verfügung stellen sollte oder nicht. Wie ist bei einer solchen Anfrage Ihr Rat?

Verbote und Stigmatisierungen sind wenig hilfreich. Ich würde immer dafür werben, dass man das Gespräch sucht, die Positionen aufeinander treffen lässt und diskutiert. Das heißt aber, bei Veranstaltungen in kirchlichen Räumen oder in kirchlicher Verantwortung ist darauf zu achten, dass tatsächlich die verschiedenen Standpunkte zu Wort kommen. Und dann gilt es besonders deutlich zu widersprechen, wenn es zu antisemitischen Grenzüberschreitungen kommt, die es in diesem Diskurs tatsächlich auch gibt. Position beziehen ist besser als Verbote aussprechen.

EKD-Stellungnahmen zum Thema Antisemitismus und Israel/Palästina:

Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können. Eine Information der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Union Evangelischer Kirchen in der EKD (UEK) und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, 2017.

Israel – Palästina. Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK). 2. Auflage 2017.

Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion. Eine Orientierungshilfe. Herausgegeben im Auftrag der EKD, der UEK und der VELKD, 2012.

Die Stunde der Wahrheit (Kairos Palästina). Stellungnahme der Kirchenkonferenz der EKD und des Exekutivausschusses der EMOK, 2010/2011.

Alle Texte können über die Homepage der EKD heruntergeladen werden.

Teresa Forcades i Vila

Nationale Identität und Feminismus

Ich möchte im Folgenden mit Ihnen einige Überlegungen zu nationaler Identität teilen, die meine Erfahrungen mit der gegenwärtigen Konfrontation zwischen Katalonien und Spanien deutlich machen. Seit 2012 befürwortet eine Mehrheit des katalanischen Parlaments die Unabhängigkeit. Entspricht diese parlamentarische Mehrheit einer sozialen Mehrheit? Wir wissen es nicht, da das Königreich Spanien im Gegensatz zum Vereinigten Königreich Großbritannien oder Kanada die Entscheidung über die Unabhängigkeit durch ein Referendum nicht erlaubt.

Nationalismus oder Patriotismus

Aufgrund der jüngsten Geschichte des aggressiven Nationalismus ist es in manchen Ländern praktisch unmöglich, sich positiv auf Nationalismus zu beziehen. Deshalb unterscheiden einige zeitgenössische Politikwissenschaftler zwischen „Nationalismus“ und „Patriotismus“. Sie definieren *Nationalis-*

mus als fremdenfeindliche und chauvinistische Version der Liebe zum Vaterland, während *Patriotismus* die offene und demokratische Version darstellt. Aus feministischer Sicht ziehe ich das Wort „Nation“ vor. Es kommt vom lateinischen *natus est*, „geboren werden“, wogegen das Wort *Patria* von *Pater*, „Vater“, kommt. Der Wert, den ich dem Begriff „Nation“ zuschreibe, beruht auf der Erkenntnis, dass das meiste, was uns als Menschen ausmacht, nicht gewählt wurde, sondern uns bei der Geburt gegeben wurde: Sprache, Kultur, Geschichte, Familie. Diese Beobachtung hebt die persönliche Freiheit nicht auf, sondern zwingt uns, sie neu zu definieren. Freiheit ist, was ich mit dem mache, was andere aus mir gemacht haben. Das autonome Subjekt der Moderne ist ein Trugschluss. Feminismus und Postkolonialismus haben uns geholfen zu erkennen, dass der autonome moderne Held reich, weiß und männlich ist. Seine Autonomie beruht